



## Pressemitteilung

### Ulrich: „Bundesregierung muss Hängepartie bei Opel beenden“

**Zur Debatte um Bundesbürgschaften zur Rettung der OPEL-Standorte erklärt Alexander Ulrich, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und Landesvorsitzender in Rheinland- Pfalz:**

Die Bundesregierung muss sich sofort zu einer Kreditbürgschaft zur Rettung von OPEL entschließen: „Es ist nicht hinnehmbar, dass Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) diese dringend notwendige Entscheidung aus ideologischen Gründen auf die lange Bank schiebt.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Opel haben mit ihrem Sanierungsbeitrag von rund 1,2 Milliarden Euro in vier Jahren einen großen Schritt getan – und das ist weder ihnen, noch ihrer Gewerkschaft leicht gefallen. Jetzt muss der Bund seiner Verantwortung gerecht werden: Notfallhilfe vom Staat darf es nicht nur für marode Banken und Spekulanten geben – gerade die Realwirtschaft und tausende Arbeitsplätze brauchen jetzt und sofort Bundeshilfe. Wenn Brüderle das anders sieht, muss die Bundeskanzlerin OPEL endlich zur „Chefsache“ machen. OPEL und seine Beschäftigten brauchen eine klare Entscheidung zur Rettung der Arbeitsplätze in diesem wichtigen Industriebereich“.

Stand: 31.05.2010

Kontakt: Alexander Ulrich, mobil: 0173 / 3025 678

**DIE LINKE. Rheinland-Pfalz**

Landesgeschäftsstelle/Presse Rochusstr. 10-12 55116 Mainz

Tel: 06131 / 237945 Fax: 06131 / 237946